

## „Gemeinsam stärker“ - Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen

### Protokoll des 2. Treffens der Arbeitsgruppe Wohnen

Datum und Uhrzeit: 27. Juni 2016, 17:00-19:30 Uhr

Ort: Landratsamt Starnberg

Teilnehmer: 33

Angerbauer, Claus (Gemeinde Weßling)

Blage, Achim (Gehörlosenverband München und Umland e.V.)

Brand, Martina (Starnberg)

Büttner, Friedrich (Fachbereichsleitung Sozialwesen)

Distler-Hohenstatt, Peter (Teamleiter Persönliche SH)

Dullin, Gabriele (Malteser)

Gasser, Dr. Oswald

Grunwald, Ulrich (Behindertenbeauftragter Gemeinde Münsing)

Habesreiter, Ruth (Offene Behinderten Arbeit Bayerisches Rotes Kreuz)

Jöger, Edith (Inklusionsbeirat Starnberg)

John, Michael (Geschäftsführer BASIS-Institut)

Kollmann, Kathrin (gfw Starnberg)

Kolumban, Erika (Fortschritt ggmh)

Krott, Anna (Selbsthilfegruppe Gilchinger Ohrmuschel)

Laschewski, Ursula

Lins, Larissa

Maier, Günter

Maier, Margit

Meinert, Peter

Meszaros, Doris (Koordination Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen)

Rannenberg, Laura (BASIS-Institut)

Richter, Franz (Gehörlosenverband München und Umland e.V.)

Schmerber, Armin (Schwerbehindertenvertretung Landratsamt Starnberg)

Seibold, Bärbel (Selbsthilfegruppe Vielfalt)

Seidl, Petra-Veronika (Behindertenbeauftragte Landkreis Starnberg)

Stephanskirchner, Kathrin (Dominikus Ringeisen Werk)

Unger, Peter (Grüne, Kreisrat)

Vossen, Michael (Verband Wohnen)

Wenisch, Angelika (Inklusionsbeauftragte Inning)

Wilfert, Bianca (Isar-Würm-Lech-Werkstätten für behinderte Menschen)

Wilfert, Thomas

Wunderle, Nico (Fachbereich Jugend und Sport)

Wünsch, Michael

## **Tagesordnung**

1	Begrüßung durch Frau Meszaros .....	2
2	Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John.....	2
3	Diskussion .....	2
4	Verabschiedung .....	10

### **1 Begrüßung durch Frau Meszaros**

Zu Beginn der Veranstaltung wird erfreut festgestellt, dass das Landratsamt Starnberg nun auch eine eigene Induktionsschleife in den Sitzungssaal eingebaut hat. Frau Meszaros, Koordinatorin des Aktionsplans für Menschen mit Behinderungen, begrüßt die anwesenden Personen der Arbeitsgruppe Wohnen und bedankt sich für deren Interesse. Anschließend gibt sie das Wort an Herrn John, Geschäftsführer des projektbegleitenden BASIS-Instituts, weiter.

### **2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John**

Herr John begrüßt die Teilnehmer des Workshops und reflektiert die Arbeit der letzten Sitzung. Er stellt das Vorgehen der heutigen Sitzung vor: Die auf Grundlage des letzten Protokolls vorformulierten Maßnahmen sollen besprochen und systematisch durch die Teilnehmer ergänzt werden. Bis zur nächsten Sitzung soll dann ein Entwurfstext von etwa 6-10 Seiten erarbeitet werden. Dieser Entwurfstext wird den Teilnehmern eine Woche vor der nächsten Sitzung zur Verfügung gestellt.

### **3 Diskussion**

In der folgenden Diskussion können sich die TeilnehmerInnen jederzeit einbringen. Die Themenreihenfolge ist durch die an die Wand projizierten Maßnahmenformulierungen grob vorgegeben. Herr John, der das Gespräch moderiert, bittet darum, sich jeweils mit Namen und ggf. Funktion vorzustellen.

### **Ergänzungen zum Protokoll der ersten Arbeitsgruppensitzung**

Herr Blage (Gehörlosenverbund München und Umland) ergänzt im Hinblick auf die erste Arbeitsgruppensitzung, dass es die technische Möglichkeit der Installation von Lichtblitzanlagen gebe, die zum Beispiel ergänzend zu akustischen Feuermeldern installiert werden könne. Eine kostengünstige Lösung stellt das Programm Katwarn dar, welches nicht nur speziell für Gehörlose nutzbar ist, sondern sich auch für hörende Menschen eignet. Eine Ersteinrichtung kostet circa 15.000 Euro, die weiteren jährlichen Kosten belaufen sich auf 1.500 Euro.

Frau Krott (Selbsthilfegruppe Gilchinger Ohrmuschel) betont die Notwendigkeit von speziellen Rauchmeldern für gehörlose Menschen, die essentiell notwendig sind, sodass alle Menschen vor Gefahren gewarnt werden können.

Herr John möchte zu Beginn der Diskussion neue Gedanken bezüglich alternativer und innovativer Wohnformen in die Runde einbringen. Hierfür zeigt er eine Präsentation mit aktuellen Trends und guten Praxisbeispielen aus dem Bereich Wohnen (Präsentation im Anhang). Er erläutert, dass neben barrierefreien Wohnungen, auch die Nahversorgung im unmittelbaren Umfeld und der Aspekt der Teilhabe unerlässlich sind, um die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen im Bereich Wohnen zu gewährleisten.

Er zeigt Elemente des Bielefelder Wohnprojektes „Wohnen im Quartier“ auf: In den Wohnprojekten wird integratives Wohnen von jungen und alten Menschen, von Menschen mit Behinderungen, von Menschen mit geringem und hohem Hilfebedarf ermöglicht. Im quartiersbezogenen Ansatz des Wohnens gibt es Versorgungssicherheit ohne Betreuungspauschale. Ein sozialer Dienstleister ist mit einem Servicestützpunkt und einem umfassenden Leistungsangebot vor Ort. Durch frühzeitige Unterstützung soll die Stärkung der Selbsthilfefähigkeiten erfolgen.

Herr Blage findet das Konzept des Bielefelder Wohnprojekts sehr gut. Überträgt man dieses Konzept auf gehörlose Menschen, so stellt sich hier der Aspekt der Kommunikation und des Austauschs in den Vordergrund. Wenn ein Gehörloser alleine in einem derartigen Quartier wohnen würde, so wäre dieser von den restlichen Bewohnern des Quartiers isoliert, da sich niemand mit ihm unterhalten kann. Folglich erscheint ihm wichtig, dass in derartigen Quartieren mehrere Menschen mit Höreinschränkungen leben, sodass die wechselseitige Kommunikation gewährleistet ist.

Frau Seidl (Behindertenbeauftragte Landkreis Starnberg) weist auf ähnliche Wohnprojekte hin. Sie erwähnt den Generationenpark in Königsbrunn sowie das Modellprojekt „Wir daheim in Graben“, das von Aktion Mensch gefördert wurde.

Herr John zeigt ein Wohnprojekt aus der Gemeinde Langenfeld. Dort war die Gemeinde der Bauherr und kaufte eine alte Scheune im Ortskern der Gemeinde. Diese wurde saniert und vier barrierefreie Wohnungen wurden geschaffen. Im Erdgeschoss des Hauses sichert eine professionell betriebene Tagespflege den Bewohnern im Bedarfsfall eine bevorrechtigte Aufnahme.

Zudem stellt er kurz den Generationenpark in Königsbrunn vor. Das MehrGenerationenWohnen soll diverse Zielgruppen, wie beispielsweise Singles, Paare, Senioren, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung, Familien, Stief- und Patchworkfamilien ansprechen. Im Generationenpark stehen 57 Wohnungen zur Verfügung, die zwischen einem und vier Zimmern umfassen. Bautechnische Besonderheiten sind: die Barrierefreiheit der Wohnungen, eine integrierte integrative Kinderkrippe, Gemeinschaftsräume mit Gästewohnung und einige Wohnungen lassen sich zu Wohngemeinschaften zusammenlegen mit vier separaten Schlafräumen, gemeinsamer Küche und Wohnzimmer.

Herr John erläutert diverse Probleme von Hausgemeinschaftsmodellen, die insbesondere im ländlichen Raum die Umsetzung derartiger Projekte erschweren oder gänzlich verhindern.

Er weist zudem auf SONG-Projekte hin (Link hierzu im Anhang).

Frau Seidl ergänzt, dass die Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr einen sehr wichtigen Aspekt darstellt, der im Bereich Wohnen nicht vernachlässigt werden darf.

Den Aspekt der Mobilitätsversorgung findet auch Herr John unerlässlich. Er berichtet von dem Projekt „Mobifalt“, das in Nordhessen umgesetzt wurde. Hierbei stellen Fahrer ihre privaten Fahrtstrecken in das System des öffentlichen Nahverkehrs ein. Fahrern wird ein Anreiz geboten, da sie für jeden Kilometer 30 Cent erhalten (Link hierzu im Anhang).

Herr Vossen (Verband Wohnen Starnberg) stellt aktuelle Projekte des Verbundes Wohnen Starnberg vor, bei welchen Wohnanlagen teilweise für elektrische Rollstühle barrierefrei errichtet wurden. Häufig wurde auch die Nachbarschaftshilfe mit in die Wohnmodelle integriert.

Frau Seibold (Selbsthilfegruppe Vielfalt) erläutert, dass bestehende Wohnprojekte in Starnberg vorwiegend für die ältere Generation ausgelegt seien. Sie kritisiert, dass jüngere Generationen hier nicht angesprochen werden.

Frau Krott stimmt ihr zu und ergänzt, dass die Wartelisten für betreutes Wohnen ungemein lang sind und man jahrelang auf einen Wohnplatz warten muss. Herr Vossen weiß über unbefriedigte Bedarfe Bescheid, allerdings fehlen seinem Verbund die notwendigen Grundstücke. Gemeinden müssen Grundstücke zur Verfügung stellen und das erforderliche Baurecht einräumen.

Frau Jäger (Inklusionsbeirat Stadt Starnberg) berichtet von einer Bekannten, die aufgrund fehlender gemeinschaftlicher Wohnformen oder anderer Alternativen in ein Pflegeheim ziehen musste. Die Situation in dem Pflegeheim passt nicht zu ihren Bedürfnissen und sie wird in ihrer Lebensweise sehr eingeschränkt.

Frau Seidl möchte von Herrn Vossen wissen, ob es vorstellbar ist, dass der Verband neben klassischen betreuten Wohnformen auch neue alternative Projekte, beispielsweise solche, die von Herrn John vorgestellt wurden, realisiert werden können. Herr Vossen beschreibt, dass der grundsätzliche Willen durchaus da ist. Allerdings sind die Entscheidungen der Gemeinden entscheidend, die Grundstücke zur Verfügung stellen und den Auftrag für spezifische Konzepte an den „Verband Wohnen“ stellen müssen. Häufig fehlen Kommunen soziale Netzwerke, um die Betreuung in derartigen Projekten realisieren zu können.

Herr John erläutert, dass Gemeinden mehr Informationen benötigen. Beispielsweise kann dies erreicht werden, indem Bürgermeister derartige Projekte in der Praxis begutachten.

Frau Wilfert (IWL-Werkstätten) fragt nach, wie die finanzielle Förderung bei einem betreuten Wohnmodell bei einem Paar aussieht, bei welchem ein Partner eine Behinderung hat und die andere Person kein Handicap aufweist. Herr Vossen erklärt, dass die Maßgabe, nach der diese Wohnungen vergeben werden, vorsieht, dass einer der beiden Partner einen Grad der Behinderung von mindestens 50 haben muss.

Herr John erfragt in diesem Kontext, ob Vorwohndauern ausschlaggebend für die Vergabe von Wohnungen sind. Herr Vossen erklärt, dass Gemeinden das Vorschlagsrecht für Wohnungen besitzen. Für geförderte Wohnungen kommt der Vorschlag seitens des Landratsamtes, das sich mit den Gemeinden kurzschließt. Der Verband Wohnen nimmt diese Vorschläge entgegen und versucht sie weitestgehend zu bedienen.

Herr Blage zeigt auf, dass gehörlose Menschen, die alleine in einer Wohnanlage wohnen, sehr einsam sind, da sie mit niemanden kommunizieren können. Folglich müssen entweder immer mehrere Wohnplätze für Menschen mit Höreinschränkungen zur Verfügung stehen oder gemeinsame Treffpunkte organisiert werden, sodass dem Bedarf nach Austausch nachgekommen werden kann. Allerdings sind finanzielle Kosten für derartige gemeinsame Veranstaltungen nicht zu vernachlässigen (Fahrdienste, ...). Herr John stimmt ihm zu und erklärt, dass es derartige Wohnmodelle brauche. Soziale Träger müssen sich zusammentun und bürgerschaftliche Netze müssen stets angebunden werden, sodass Professionelle und Bürger in dem Projekt verzahnt zusammenarbeiten.

Herr Angerbauer (Gemeinderat Weßling) freut sich über die Aufgeschlossenheit von Herrn Vossen bezüglich alternativer Wohnprojekte. Gemeinden müssen seiner Meinung nach durch umfassende Informationen sensibilisiert werden. Bewusstseinsbildung durch Besichtigungen und die Entstehung von notwendigen Netzwerken benötigen viel Zeit, sollen aber jetzt in die Wege geleitet werden.

Frau Habesreiter (Offene Behindertenarbeit Bayerisches Rotes Kreuz) merkt an, dass kleine Wohneinheiten für Menschen mit kognitiven Einschränkungen oder Lernschwierigkeiten in Starnberg fehlen. Frau Seibold schließt sich ihr an und ergänzt, dass inklusive Wohngruppen, wie beispielsweise das Münchner Wohnprojekt „gemeinsam wohnen“, für junge Leute im Landkreis Starnberg gänzlich fehlen. Herr John fordert die Erstellung eines Überblicks über den aktuellen Bedarf von kleineren Wohneinheiten, der derzeit nicht vorhanden ist. Dieser Überblick müsse die Grundlage für weitere Planungen bilden.

Frau Wilfert fordert, dass den Gemeinden ein Gedankenanstoß gegeben wird und Bürgermeister angeregt werden, alternative Wohnprojekte zu realisieren beziehungsweise zu unterstützen. Herr John stellt in der Arbeitsgruppe ein großes Interesse an inklusiven Wohnformen fest. Generell stellt sich ihm die Frage, wer die Bewusstseinsbildung in politischen Gremien und Gemeinden übernehmen kann und welche Verantwortlichen sich hier bestimmen lassen. Er schlägt vor, die Maßnahme: „Präsentationen und Vorträge über alternative Wohnformen“ in den Aktionsplan aufzunehmen, sodass Gemeinden erkennen, dass neben Einfamilienhäusern auch andere Wohnformen gebaut werden können. Herr Blage ergänzt, dass Wohnbedarf für Menschen mit Migrationshintergrund nicht vergessen werden darf. Frau Wilfert wünscht sich, dass Personen mit Migrationshintergrund von Anfang an in die Konzepte miteingegliedert werden, da sie solche Projekte sehr bereichern würden.

Frau Jäger wünscht sich ein Mehrgenerationenhaus, da dieses die gegenseitige Unterstützung verschiedener Generationen gewährleistet und sich heutzutage jede Person nur noch für sich interessiert. Herr John erklärt, dass hier keine Sentimentalität aufkommen darf, da es Familienverbände wie früher heutzutage immer weniger gibt. Hilfe alleine durch Blutverwandtschaften kann nicht mehr gewährleistet werden, da Familienverbände schrumpfen. Es braucht neue Systeme, die über diese hinausgehen und die auch funktionieren, wenn eine Seite der anderen Seite aufgrund einem höheren Hilfebedarf nicht so viel zurückgeben kann. Dies kann nur bei fortschreitender gesellschaftlicher Bewusstseinsbildung funktionieren.

Herr Angerbauer berichtet, dass er bereits in Grundschulen geht und den Kindern aufzeigt, dass ein Mensch mit Behinderung nicht immer Bittsteller sei, sondern dass das auch anders herum funktionieren kann. Zu Herrn Johns Frage wie man Weiterbildung für kommunale Politiker anregen kann, schlägt er vor in Kommunen gezielt Sozialreferenten, Leitbildreferenten oder die Seniorenbeiräte anzusprechen. Des Weiteren regt er an eine Veranstaltung für Senioren zu veranstalten und diese nach ihren Ideen und Wünschen für alternative Wohnmodelle zu fragen. Diese Vorschläge müssen in einem Protokoll niedergeschrieben werden und an die Bürgermeister der jeweiligen Gemeinden weitergegeben werden. Dies würde eine gute Methodik darstellen, um der Verwaltung die Bedürfnisse der Bürger näherzubringen und aufzuzeigen. Allerdings stellt auch ihm sich die übergeordnete Frage, wer diese Veranstaltungen plant und durchführt oder Referenten anspricht.

Herr Unger (Gemeinderat Gilching) erklärt, dass sowohl der Mangel an Grundstücken als auch die hohen Preise von Grundstücken ein riesiges Problem des Landkreises Starnberg darstellen.

Frau Kollmann (gfw) berichtet, dass die Wirtschaftsförderung bereits das Thema bezahlbarer Wohnraum bearbeitet hat. Sie haben bereits drei Veranstaltungen durchgeführt und mussten jetzt feststellen, dass sie nicht mehr weiterkommen. Der nächste Schritt muss durch in die Gemeinden erfolgen und Anregungen müssen auf der Bürgermeisterebene weiterverfolgt werden. Die gfw könne Kontakte bezüglich alternativer Wohnformen vermitteln und Gemeinden beraten, gehe aber jetzt nicht mehr aktiv voran, da bei der gfw die Grenzen der Möglichkeiten erreicht sind.

Frau Seibold wirft erneut die Frage auf, wer im Aktionsplan gezielt angesprochen werden soll, sodass inklusives Wohnen in den Gemeinden realisiert wird. Sie richtet sich an Herrn Vossen und fragt, wie die Möglichkeiten für Menschen aussehen einen Wohnplatz in einem Wohnprojekt zu erhalten, wenn diese nicht aus diesem Ort

stammen. Herr Vossen erklärt, wenn eine Gemeinde ein Grundstück anbietet und einen Neubau beschließt, so steht der Gemeinde 80% der Platzbelegung zur freien Verfügung, die übrigen 20% werden über das Landratsamt verteilt.

Herr John fasst zusammen, dass einige willige Kooperationspartner für die Realisierung neuer Wohnformen im Landkreis vorhanden sind (Lebenshilfe, Dominikus Ringeisen Werk...). Dennoch braucht es weiterhin Impulse und Kapazitäten, beispielsweise Menschen, die Exkursionen und Besichtigungen organisieren. Hierfür hält er eine hauptamtliche Person, angesiedelt an das Landratsamt, für notwendig. Auch Frau Seidl erachtet die Position eines Kümmerers als sehr wichtig, da sie selbst im Ehrenamt tätig ist und dadurch in ihrer Kapazität leider auch sehr eingeschränkt ist.

Nach Herrn Blage muss mehr in den Bereich der Beratung investiert werden.

Herr Unger schlägt vor, dass die Arbeitsgemeinschaft für Behindertenfragen beispielsweise eine Fahrt nach Königsbrunn organisieren soll und hierzu Gemeinderäte und Bürgermeister einladen sollen. Frau Seidl wird diese Idee in die ARGE einbringen. Allerdings glaubt sie, dass die Organisation einer einzelnen Fahrt durchaus realisierbar ist. Ihrer Meinung nach sollte es aber weitaus darüber hinausgehen und jemand sollte die Position eines Kümmerers einnehmen, da sieht sie bei ihren momentanen Kapazitäten Schwierigkeiten. Schlussfolgernd wird die Maßnahme aufgestellt: „Es braucht, um das Thema inklusives Wohnen mit Leben zu füllen, eine Kapazität im Landratsamt, die sich darum kümmert“. Frau Meszaros merkt an, dass sie das auch als Teil ihrer Aufgaben und das Landratsamt hier in der Verantwortung sieht. Auch sie würde eine derartige Fahrt organisieren.

Frau Jäger findet es sehr bedauerlich, dass eine Behindertenbeauftragte im Landkreis Starnberg nur im Ehrenamt beschäftigt wird. Ihrer Meinung nach wäre es wünschenswert, dass Starnberg einen Behindertenbeauftragten hauptamtlich einstellt, der durch Ehrenamt unterstützt wird.

Herr John äußert den Vorschlag, dass die Arbeitsgruppe Wohnen auch über den Aktionsplan hinaus bestehen soll, da hier wichtige Bedarfe offengelegt werden und viele Akteure zusammengebracht werden. Darüber hinaus wird die Maßnahme „Information über barrierefreie Wohnung – Verband Wohnen kommuniziert Barrierefreiheit von Wohnungen nach außen“ beschrieben. Durch Gespräche mit der lokalen Presse sollen die Einführung von Symbolen überprüft werden, die für mehr Transparenz sorgen und Angebote kenntlich machen. Frau Seibold ergänzt, dass hierbei nicht nur Kriterien für mobile Barrierefreiheit angelegt werden dürfen.

Darüber hinaus wird über die Maßnahme **„Wohnungspaten, die bei Wohnungssuche helfen“** diskutiert.

Herr Blage erläutert, dass gehörlose Menschen Unterstützung brauchen und Beratung bei der Wohnungssuche dazu gehört. Es braucht Dolmetscher, die nicht durch private Finanzierung gestellt werden müssen. Neben Dolmetscherdiensten wird auch Assistenz, beispielsweise für Menschen mit psychischen Einschränkungen, benötigt.

Frau Brand fordert, dass zehn Prozent bei Neubauten für Menschen mit Behinderung bereitgestellt werden. Sie zeigt auf, dass generell bezahlbarer Wohnraum im Landkreis fehlt. Sie fordert, dass Maßnahmen schneller umgesetzt werden.

Des Weiteren soll der soziale Wohnungsbau erweitert werden. Das Engagement für Menschen mit Einschränkungen könne den sozialen Wohnungsraum wiederbeleben, der durch städtebauliche Verträge in die Planung der Kommunen eingespeist werden soll. Frau Kollmann erklärt, dass die Struktur im Landkreis sehr kleinteilig ist, weshalb städtebauliche Verträge nicht realisierbar sind. Herr John entgegnet, dass dies auch in kleinen Gemeinden ein wichtiges Thema bleiben muss, auch wenn ein langwieriger Prozess bevorsteht.

Frau Brand erläutert, dass das Landratsamt für sehr kleine Zimmer Baugenehmigungen vergibt. Beispielsweise ist ein Zimmer mit 10qm für einen Menschen mit Behinderung und dessen Hilfsmittel viel zu klein. Sie wünscht sich, dass das Bauamt hierauf achtet.

Frau Seidl erklärt, dass nur noch Sonderbauten auf Barrierefreiheit geprüft werden. Die Kollegen der Fachstelle für barrierefreies Bauen können nur beratend auftreten und nach außen mit wichtigen Akteuren kommunizieren, weshalb diese mit ins Boot geholt werden sollten. Ebenfalls wurde die Beratungsstelle der Architektenkammer ausgebaut und berät kostenlos. Es muss mehr Werbung für diese Stellen gemacht werden. Herr John schlägt vor, öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie beispielsweise einen Tag des Bauens, zu veranstalten, an dem gute Beispiele besichtigt werden oder Videoclips gezeigt werden, sodass das Interesse der Bevölkerung geweckt wird und öffentliches Verständnis generiert wird.

Frau Brand fordert noch früher, bereits bei Studenten der Architektur, anzusetzen und dort für solche Aktionen zu werben und Veranstaltungen in deren Netzwerken zu publizieren.

Frau Seidl ergänzt, dass es viele Wohnungsbesitzer gibt, die ihre Wohnungen aufgrund negativer Erfahrungen nicht mehr vermieten. Ihnen muss vermittelt werden, dass Menschen mit Behinderung teilweise auch durch Transferleistungen eine gesicherte

Einnahmequelle haben. Hier müssen Gemeinden gezielt Bewusstseinsbildung betreiben.

Herr John berichtet von dem Wohnprojekt in Riedlingen (Link im Anhang), bei welchem sowohl die Finanzierung als auch die Betreuung sichergestellt wurde. Aus Sicht von Investoren und Vermietern sind dies sehr dankbare Mietverhältnisse.

#### **4 Verabschiedung**

Herr John beschließt die Runde und bedankt sich für die Anwesenheit und Mitarbeit der Beteiligten. Er erläutert, dass die nun gemachten Vorschläge in einem Text ausformuliert werden und man diesen beim nächsten Mal durchsehen werde.

Herr Büttner schließt seinen Dank an, bedankt sich ebenfalls bei Herr John und seinem Team für die Unterstützung sowie bei den Gebärdensprachdolmetscherinnen und macht auf die nächste Sitzung aufmerksam.

Für das Protokoll  
Laura Rannenberg  
Michael John  
(BASIS-Institut)

#### **Anhang:**

##### **SONG Projekte**

[www.netzwerk-song.de](http://www.netzwerk-song.de)

##### **Homepage des Projekts Mobifalt**

[www.mobifalt.de](http://www.mobifalt.de)

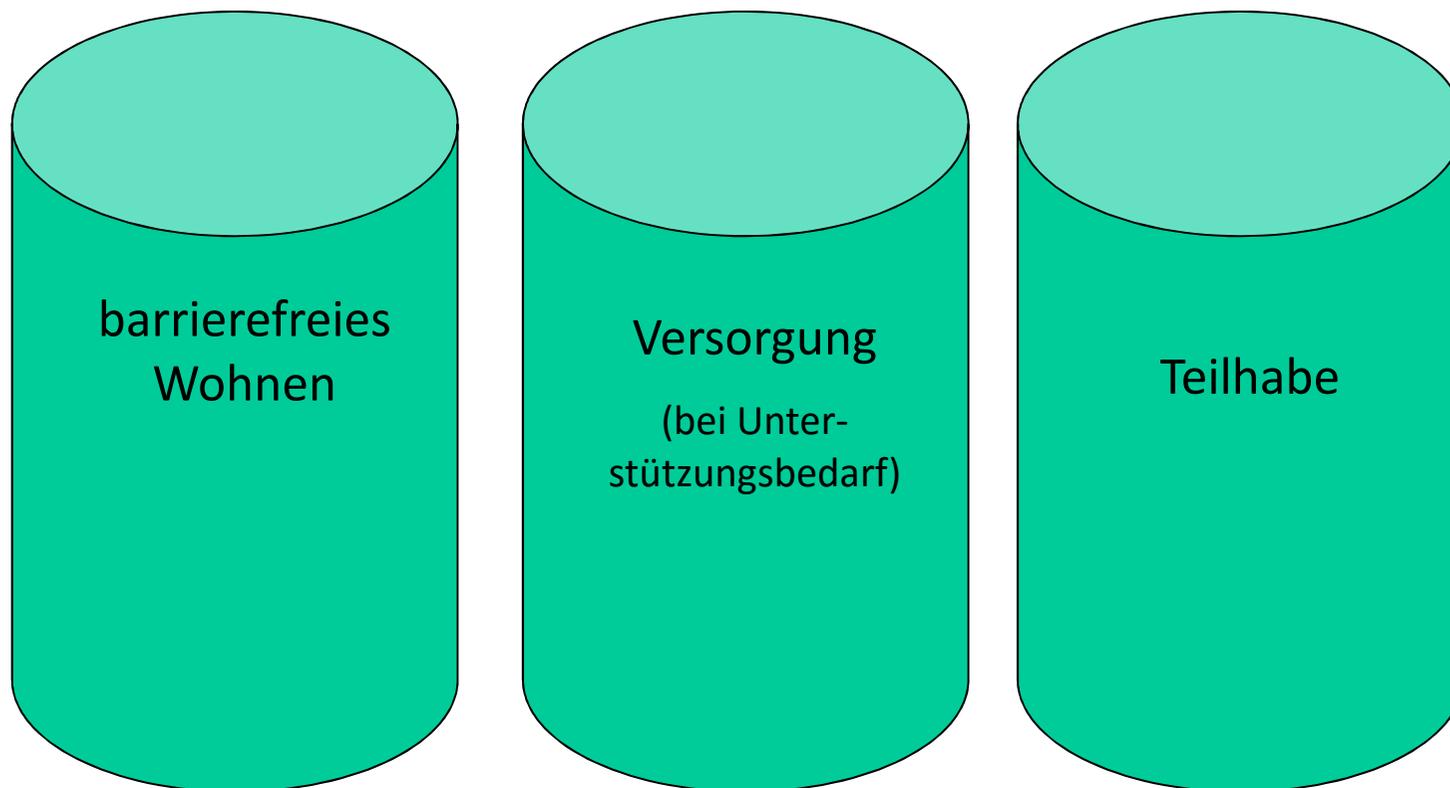
#### **Folien Präsentation Wohnen für besondere Zielgruppen: Trends und gute Praxis**

Wohnen für besondere Zielgruppen: Trends und gute Praxis

# Menschen mit Behinderung/ ältere Generation

Lösungsansätze:

Säulen einer guten Lebensqualität (mit Hilfemix)



# Wohnen im Quartier in Bielefeld

[www.baukultur.rlp.de/pdf/Wohnmodelle/PP\\_Bielefeld.pdf](http://www.baukultur.rlp.de/pdf/Wohnmodelle/PP_Bielefeld.pdf)

## Elemente der Wohnprojekte im Quartier:

- Integratives Wohnen von jungen und alten Menschen, von Menschen mit Behinderungen, von Menschen mit geringem und hohem Hilfebedarf in den Wohnprojekten, aber auch im bestehenden Umfeld, Normalität und Selbstbestimmung sichern
- Mieter sollen auch bei steigender und hoher Hilfebedürftigkeit in ihrem Wohnquartier leben können
- 24-Stunden-Sicherheit für die Menschen im Wohnprojekt und im Quartier
- Stärkung der Selbsthilfefähigkeiten durch frühzeitige Unterstützung

# Langenfeld



## Wohnprojekt im Ortskern

- Gemeinde war Bauherr
- Zahl der Wohnungen: 4
- Wohnungsgemeinde: 2 und 3-Zimmerwohnungen
- Wohnfläche je Wohnungen: zwischen 71 bis 82 m<sup>2</sup>
- bautechnische Besonderheiten: barrierefrei
- Integration einer Tagespflege in das Gebäude
- Integration der Wohnanlage in den Ortskern

# Langenfeld

## Projekttyp/Zielsetzung

- professionell betriebene Tagespflege im Erdgeschoss sichert Bewohnern im Bedarfsfall eine bevorrechtigte Aufnahme
- Wohnungen haben direkten Anschluss an das MehrGenerationenHaus Dorflinde (soziale und gemeinnützigen Einrichtung mit Tagescafé und Mittagstisch)
- mögliche Unterstützung durch haushaltsnahe Dienstleistungen (vermittelt durch Team Dorflinde)



# Königsbrunn

## MehrGenerationenWohnen im Generationenpark

### Wohneinheiten

- Zahl der Wohnungen: 57
- Ein- bis Vier-Zimmer-Wohnungen
- Wohnfläche je Wohnungen: zwischen 39 bis 102 m<sup>2</sup>
- bautechnische Besonderheiten:
  - barrierefrei
  - einige Wohnungen lassen sich zu Wohngemeinschaften zusammenlegen mit vier separaten Schlafräumen, gemeinsamer Küche und gemeinsamen Wohnzimmer (147 bis 150 m<sup>2</sup>)
  - integrierte integrative Kinderkrippe und Kinderhotel
  - Gemeinschaftsräume mit Gästewohnung



### Zielgruppe

- Singles, Paare, Senioren, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung, Familien, Stief- und Patchworkfamilien

Quelle: ‚Generationenpark Königsbrunn. Individuell Wohnen. In guter Nachbarschaft Leben‘ hg. von der Gesellschaft für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung der Stadt Königsbrunn mbH.

# Königsbrunn

## MehrGenerationenWohnen im Generationenpark

### Projekttyp/Zielsetzung

- „Kümmerer“ mit halber Stelle vor Ort
- individuelles und generationenübergreifendes Wohnen in aktiver Nachbarschaft
- neue Formen gegenseitiger Unterstützung
- Kommunikations- und Begegnungscafé zur Unterstützung des sozialen Miteinanders



# Umsetzungsprobleme von Haus- gemeinschaftsmodellen

(im ländlichen Raum)

- Kaum größere Wohnungsunternehmen als Partner vorhanden
- Klassische Umsetzungspartner, wie Bauträger, scheuen Risiko oder verkennen Komplexität der Umsetzung
- Absicherung des Wohnens in der häuslichen Umgebung (24h-Rufbereitschaft) vielfach nicht realisierbar
- Wenig Gemeinwesenbezug vieler ambulanter Dienste